

Quickonomy

Nachrichten



Die Ameise als Lehrer 4
Insektenkolonien als Vorbild für drahtlose Kommunikation.

Empfängnis, unbefleckt und rein.. 5
Weihnachten ist das Fest der Liebe, aber nicht unbedingt der Libido – der Spaß an der natürlichen Reproduktion sinkt.

Gut gekühlt ins Spital 8
Sofortige Kühlung nach Herzstillstand erhöht die Überlebenschance.



Ein Jaukerl für alle Fälle..... 13
Kommt sie, oder kommt sie nicht, die Influenza-Pandemie? Mediziner raten, Impfungen zu forcieren.

Bier auf Krankenschein..... 21
Ärzte bestätigen Bier gesundheitsfördernde Wirkung. Kritiker sehen das Getränk weiterhin als Einstiegsdroge.

Kommentare

Strategien für die Hoffnung..... 16
Täglich neue Erkenntnisse in der Krebsforschung lassen uns unsere Gewohnheiten überdenken.

Die Hoffnung stirbt zuletzt..... 16
Lebt die Hoffnung noch, oder ist sie eigentlich schon längst gestorben?

Das dicke Ende 16
Jeder zweite Österreicher ist Übergewichtig. Die Änderung dieses Zustands scheint unwahrscheinlich.

No risk, no fun!..... 24
Das europäische Investitionsklima gleicht einem lauen Sommerregen.

Der Einbruch der Dunkelheit..... 24
Schwere Krankheit trifft immer die anderen. Doch was, wenn nicht?

Standards

Special Innovation..... ab 11
Zahlenspiel 14
Dossier ab 17
Reaktionen auf *economy* 23
Frage der Woche 23
Beraterock 24

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/13
Herausgeber (gf): Christian Czaak, Chefredaktion: Thomas Jäkle (jake)
Redaktion: Christian Ellison, Mario Koepl, Klaus Lackner (kl), Antonio Malony, Alexandra Riegler, Jakob Steuerer, Hannes Stieger (sti), Christine Wahlmüller
Autoren: Lydia J. Goutas, Andreas Kos, Jean François Tãnda, Michael Liebming, Gregor Lohfink
Illustrationen: Kilian Kada, Carla Müller
Titelbild: EPA/Pool
Produktion und Artredaktion: Tristan Rohrhofer
Lektorat: Elisabeth Schöberl
Webredaktion: Klaus Lackner

Druck: Luigard, 1100 Wien Druckauflage: 30.000 Stück
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.
Abonnement: 50 Euro, Studentenabo: 30 Euro
Probeabo: 10 Euro; abo@economy.at



Realität: Krisenherde und allgemeine Hilflosigkeit prägen Afrika

Ein Kontinent der Hoffnungslosigkeit

Auch 2007 werden Frieden und Wohlstand Fremdworte bleiben.

Mario Koepl

Ein ganzer Kontinent weint, und alle schauen betreten weg. Was wie eine Schlagzeile aus Zeiten des Biafra-Kriegs (von 1967 bis 1970 zwischen Nigeria und der im Osten des Landes gelegenen Region Biafra), den Einsätzen der als „Les Affreux“ bezeichneten Söldnerheere im Kongo oder den unseligen Epochen von „Staatsmännern“ à la Idi Amin (Uganda, von 1971 bis 1979) und Jean-Bédél Bokassa (Zentralafrikanische Republik, 1969 bis 1979) oder Rebellenführern wie Charles Taylor (Liberia, 1997 bis 2003) anmutet, ist das traurige Fazit einer Betrachtung anno 2006.

Heuer zählt man in Afrika 27 Kriege oder Krisenherde. Ständig steigt die Zahl der direkt oder indirekt damit verbundenen humanitären Katastrophen. Wir reden dabei gar nicht von Flüchtlingsdramen in Darfur, den Blutdiamanten von Sierra Leone und Liberia oder dem Milizterror in Somalia, sondern von Krisen in „geordneten“ Staaten wie Nigeria oder gar Kenia, wo Konflikte von Touristen oder Geschäftsreisenden fast nicht wahrgenommen werden. Wirtschaftliche Entwicklung oder gar Wohlstand sind in weiten Breiten völlig unbekannte Worte. Zudem wird der

Kontinent noch immer fast unbremst von der Seuche Aids heimgesucht, die weite Landstriche entvölkert. Im Medieneinsatz des Kampfes gegen den Terror und des Nahost-Konflikts bleibt es engagierten, aber blauäugigen NGO oder Privatinitiativen vorbehalten, wenigstens ab und an für ernüchternde Aufrufe zu sorgen. Dann gibt es kurzfristig Hilfszusagen.

Genau da liegt eines der Kernprobleme, das Anlass zu weiterer Hoffnungslosigkeit gibt. Derzeit haben in Afrika rund drei Viertel der Staaten nämlich keinerlei Potenzial für jegliche wirtschaftliche oder politische Entwicklung. In den letzten 35 Jahren haben sich Armut und Wirtschaftselend nicht nur nicht verringert, sondern sind meist noch gestiegen. Länder wie Uganda, Ghana oder Namibia zählen zu den wenigen Ausnahmefällen von der Regel.

Die Gründe dafür sind vielfältig und reichen von alten Verfehlungen vormaliger Kolonialstaaten (wie der Ziehung von Landesgrenzen ohne Überlegung hinsichtlich ethnischer Gruppen oder Fehden) bis hin zur nackten Gier. So werden jährlich 15 bis 20 Mrd. US-Dollar (11,3 bis 15 Mrd. Euro) an Geldern aus Entwicklungshilfe oder nationalen Ressourcen von afrikanischen Despoten und de-

ren Cliquen auf ausländische Konten transferiert, während die Bevölkerung unter unsagbaren Bedingungen leidet. Afrika wird hauptsächlich nicht von Armut, Krankheit oder bewaffneten Konflikten, sondern vielmehr von der alltäglichen Politik der Machthaber geknechtet.

Reformen statt Spenden

Während Gutmenschen medienwirksam mahnen und die G8-Staaten bis 2010 erneut 50 Mrd. US-Dollar Entwicklungshilfe in den Kontinent pumpen wollen, übersehen die meisten die Warnungen von Experten, dass Afrika nicht der Streichung von Schulden und weiterer Zuwendung, sondern der Einstellung jeglicher bisheriger „Almosen“ und eines radikalen Paradigmenwechsels hinsichtlich Basisbedürfnissen wie Machtverteilung und Ausbildung bedarf.

„Reformen statt Spenden“, „Druck zum Widerstand“ oder „zielgerechte Projekte statt Gießkannenprinzip“ lauten die Schlagworte. Dem Afromilitarismus und der Egomane soll ein Riegel vorgeschoben, der Kontinent durch Entzug zur Mündigkeit und Eigenverantwortlichkeit getrieben werden. Die Folge dieses Ansatzes? Mehr Leid und mehr Krieg. Ein Licht am Ende des Tunnels gibt es für Afrika sichtlich nicht.

Fortsetzung von Seite 1

gesteuert werden, werden so ehrgeizige Projekte wie die Dubai Industrial City geschaffen. Das drittgrößte Projekt des Landes soll bis 2009 errichtet sein. Ebenso im Bau befinden sich touristische Projekte wie Dubailand, die von der Jumerah Group künstlich im Meer errichteten Inseln in der Form einer Palme, die sogar mit bloßem Auge aus dem All zu erkennen sind, sowie das 321 Meter hohe Luxushotel „Buriy Al Arab“ (siehe Foto auf Seite 1), das neben Tausenden Lustern unter anderem über einen Theatersaal für 1100 Besucher verfügt.

Know-how für die Forschung

Den Scheichs geht es nicht (nur) um Prestige, sondern um knallhartes Geschäft. Das Land mit seinen 5,3 Mio. Einwohnern soll weiterhin aus der Abhängigkeit des Ölgeschäfts befreit werden. Die Emirate erwirtschaften nur noch rund sechs Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Höhe von 97,5 Mrd. US-Dollar (73,7 Mrd. Euro) mit der Petrochemie. Tourismus, Medizin, Gesundheit, Informationstechnologie und Mikro-

elektronik sollen das Wachstum ankurbeln. Und ein reger Handel soll Dubai zur Wirtschaftsmacht Nummer eins machen. Gleichzeitig wird das Scheichtum auf Hightech ausgerichtet. In einem 7,2 Quadratkilometer großen Mikrotechnologie-Park namens Silicon Oasis sollen in den nächsten 20 Jahren 7,8 Mrd. US-Dollar investiert werden. Dubai will so dem Hightech-Mekka Silicon Valley in Kalifornien künftig die Stirn bieten.

Ebenso will das Golfemirat mit seiner „Health Care City“ zur Drehscheibe für Medizin, Wellness und Gesundheitsvorsorge werden. 350 Kliniken und Forschungszentren – so sieht der staatliche Master-Plan vor – sollen auf einer Fläche so groß wie 40 Fußballfelder entstehen. Gefragt sind neben Medizinern auch Life-Science-Forscher. Damit will das Golfemirat auch im Gesundheitssektor zum Mittelpunkt im Mittleren Osten avancieren. Für Arbeitskräfte aus dem Ausland, derzeit arbeiten Menschen aus 145 Nationen in den Emiraten, 80 Prozent der Bewohner sind aus dem Ausland, werden großzügige Aufenthaltsgenehmigungen erteilt, meint Al Saleh.

In zwei Aspekten gleichen sich China und die Emirate. In beiden Ländern hat die wirtschaftliche Entwicklung zu massiven Verkehrs- und Umweltproblemen geführt. Und die Demokratisierung läuft eher auf Sparflamme. In beiden Staaten wird von oben vorgegeben, was wünschenswert ist. „Wir haben da noch Nachholbedarf“, gesteht Al Saleh. In beidem. 20 Sitze im Parlament der Emirate werden durch freie Wahlen vergeben, das sind etwas weniger als die Hälfte aller Mandate. Da das Land wie eine private Company geführt wird, ist eine Demokratie nach westlichem Vorbild vorläufig nicht denkbar. „Wir machen das langsamer als beispielsweise der Libanon“, erklärt Al Saleh.

Raiffeisen-Generaldirektor-Stellvertreter Herbert Stepic befürchtet trotz zweistelliger Wachstumsraten eine Überhitzung der Wirtschaft in den Vereinigten Arabischen Emiraten. „Tatsache ist, dass unser Wachstum anhält und ein Platzen der Blase schon seit zehn Jahren prognostiziert wird. Eingetreten ist das noch nicht, und das wird auch nicht passieren“, erklärt Al Saleh.